

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Simone Peter (B90/Grüne)

betr: aktueller Stand der Planungen zur dezentralen Unterbringung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen im Saarland

In der Landesaufnahmestelle in Lebach sind zurzeit knapp 1.000 Flüchtlinge und AsylbewerberInnen untergebracht. Trotz des schlechten Gesamtzustandes der Einrichtung gibt es Aufenthaltszeiten von bis zu 13 Jahren. Im Januar kam es sogar zu Stromabschaltungen seitens der Verwaltung.

Bereits seit längerem wird von unterschiedlichen Stellen eine grundsätzliche Verbesserung der Situation der Flüchtlinge in Lebach gefordert. Neben weiteren Optimierungen der Wohn- und Lebensverhältnisse in Lebach selber, wie beispielsweise die Ausweitung der Duschzeiten, die Umstellung von Sach- auf Geldleistungen oder die Vermeidung von Abschiebungen im Winter, muss die Unterbringung in Lebach endlich zeitlich begrenzt und die dezentrale Unterbringung für alle organisiert werden.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD heißt es: „Wir streben an, die Dauer der Verpflichtung von Flüchtlingen zum Aufenthalt in der Landesaufnahmestelle Lebach deutlich zu reduzieren. Über die Aufhebung wird nach einem Jahr, mit dem Ziel der Beendigung, im Einzelfall entschieden“ (S. 52).

Zurzeit arbeitet eine Kommission, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen, Landkreisen und Wohlfahrtsverbänden daran, eine dezentrale Unterbringung zu organisieren. In der Zwischenzeit hat sich der Kreistag Saarlouis für eine dezentrale Unterbringung ausgesprochen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Regierung des Saarlandes:

1. Wann ist mit einem endgültigem Ergebnis der Kommission zu rechnen?
2. Wurde bereits ein Vorschlag für den Verteilerschlüssel zur dezentralen Unterbringung erarbeitet und den Landkreisen und dem Regionalverband übermittelt? Wenn ja: Wie sieht der Verteilerschlüssel aus? Welche Veränderungen/Verbesserungen sind für langjährig Geduldete vorgesehen?
3. Werden die Ergebnisse der Kommission vor der Festlegung mit den Betroffenen und dem Flüchtlingsrat erörtert? Werden die Ergebnisse der Kommission den Landkreisräten/der Regionalverbandsversammlung zur Abstimmung/Diskussion vorgelegt?